Halle'sches Tageblatt.

Erscheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Amtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Verlage von Reinhold Nietschmann.
Fernsprecher nach Berlin und Leipzig. Anschluß Nr. 289.

Insertionspreis für die fünfgespaltene Corpus-Zeile oder deren Raum 12 Pfg.

Reclamen vor dem Tageskalender die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg.

Nr. 261. Donnerstag, den 7. November 1889. **90. Jahrgang.**

Parlamentarisches.

§ Berlin, 5. Nov.

Von der großen Etatrede des Herrn v. Bennigsen ist es in der deutsch-freisinnigen Presse sehr still geworden. Sachlich geht man fast gar nicht auf die Rede ein und sucht nur den „Reichsfinanzminister" auszubeuten, d. h. die spöttische Frage aufzuwerfen, was sagt der Herr Reichskanzler hierzu. Wir haben schon dargethan, daß, so lange die Verwirklichung jenes Programmes noch in weite Ferne gerückt erscheint, nicht sowohl der Meinung des Herrn Reichskanzlers als der Ansicht der übrigen Bundesstaaten wegen, so lange auch die Frage, was der Reichskanzler dazu meint eine überflüssige ist. Im Fall der praktischen Verwirklichung der nicht mehr zu umgehenden Nothwendigkeit, wie sie Herr v. Bennigsen betonte, wird auch der Reichskanzler seine Stellung schon zu erkennen geben und wir haben das Vertrauen in ihm, daß er die Nothwendigkeit einer Neugestaltung unserer Reichsfinanzen dann nicht verkennen wird. Was nun aber die Behandlung der übrigen Punkte der Bennigsenschen Rede durch die oppositionelle Presse anbetrifft, so hat hauptsächlich die Beweisführung des nationalliberalen Führers in Betreff der direkten und indirekten Steuern auf jener Seite verschnupft. „Ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes!" An dieses Sprichwort wird man unwillkürlich erinnert, wenn man jetzt die deutsch freisinnige Presse über diesen Punkt liest. Bennigsen behauptete bekanntlich, daß der in seiner großen Mehrheit aus Männern des Deutschfreisinns bestehende Berliner Magistrat ohne jegliches Bedenken einen sehr erheblichen Theil der Gemeindesteuern auf dem Wege der indirekten Steuern, die bekanntlich auf den Ausgaben der Steuerzahler lasten, erhebt, während dieselben Herren, sobald sie im Reichstag sitzen, die Regierung auf das Heftigste angreifen, weil diese ebenfalls einen Theil der Reichssteuern auf indirektem Wege erhebt. Wenn der großen Mehrheit nach die direkten Steuern auf den Einnahmen, die indirekten dagegen auf den Ausgaben lasten, so kann an dieser Theorie nichts geändert werden, selbst wenn die Herren vom Deutschfreisinn behaupten, die Miethssteuer sei eine direkte und werde in dem Büreau für direkte Steuern bearbeitet. Sie ist und bleibt eine indirekte, denn sie resultirt aus einer Ausgabe, die eines der nothwendigsten Lebensbedürfnisse, nämlich die Wohnung erheischt. Eine Wohnung muß selbst der Besitzloseste haben, noch ehe er an Nahrung 2c. denken kann, wenn er nicht als Vagabond angesehen werden will. Man könnte aber den Unterschied zwischen direkten und indirekten Steuern noch weiter dadurch praktisch feststellen, daß niemand, sofern er der Kategorie der direkten Steuerzahler angehört, z. B. der Grundbesitzer, der Kapitalist, sich der Zahlung der direkten Steuern entziehen kann, ohne zwangsweise dazu angehalten zu werden, während derjenige, der indirekte Steuern zahlt, die Zahlung durch Einschränkung seiner Lebensbedürfnisse sich erleichtern kann. Natürlich hat diese Enthaltsamkeit eine bestimmte Grenze; es kann ein Volk auch durch übertriebene indirekte Besteuerung verarmen; es wird aber kein Vernünftiger behaupten wollen, daß das deutsche Volk vor dieser Perspektive stehe.

Berlin, 5. November.

§ Es war gut, daß Herr Liebknecht bei der heutigen ersten Berathung der Vorlage des neuen Socialistengesetzes durch seine Behauptung, die Attentäter Hödel und Nobiling hätten der eine der extremkonservativen Partei, der andere der nationalliberalen Partei angehört, für eine äußerst heitere Abwechselung sorgte, denn sonst wäre die Debatte doch fast in einem zu ruhigen, juristisch sachlichen Ton verlaufen. Sowohl das Mitglied des Centrums, Herr Reichensperger, welcher für die Aufhebung des Sozialistengesetzes eintrat, als auch der nationalliberale Herr v. Cuny, welcher den Standpunkt einer streng sachlichen und juristisch-politischen Prüfung durch eine Kommission hervorhob, sprach ruhig und leidenschaftslos, nur das sachliche Für oder Wider hervorkehrend. Wenn bei diesen sachlichen Erörterungen Herr v. Cuny öfter durch die linke Seite des Hauses lärmend unterbrochen wurde, so muß man dieses Gebahren wohl der prinzipiellen Abneigung zugute halten, welche diese Seite des Hauses den Nationalliberalen überhaupt entgegenbringt. Aber die sächlichen, streng juristischen Ausführungen des Herrn v. Cuny ließen erkennen, daß die nationalliberale Partei nicht gesonnen ist, nochmals auf die Angriffe der Linken einzugehen. Der nationalliberale Redner vertrat überhaupt den Standpunkt, daß die Einzelheiten des Gesetzes zur Berathung im Plenum nicht paßten. Zu viele juristische Fragen sind zu prüfen; zu viele Bedenken zu überwinden und dunkle Punkte aufzuklären, so daß eine Kommission der richtige Platz sein dürfte, wo die Vorlage einer ernsten Berathung unterzogen wird. Hauptsächlich ging der Redner auf den Ausweisungsparagraphen, das Verbot von Zeitschriften und die dauernde Bewilligung des Gesetzes ein. Was die Ausweisung anbetrifft, so formulirte Herr v. Cuny seinen Standpunkt dahin, daß er gegen eine Abschaffung dieses Paragraphen nicht viel einzuwenden habe, da er meistens seinen Zweck doch nicht erfülle. Bei dem Verbot der Zeitschriften sei ja in der neuen Vorlage bereits eine Milderung eingetreten, es dürfe aber doch zu erwägen sein, ob diese Milderung nicht dahin zu erweitern sei, daß einer Beschwerde gegen das Verbot eine aufschiebende Wirkung zuzusprechen sei. Die dauernde Bewilligung müsse abhängig gemacht werden von solchen Erleichterungen, Verbesserungen und Milderungen des Gesetzes, daß dadurch die allgemeine Freiheit keine Einschränkung erfahren könne. Dieses werde hauptsächlich bewirkt werden können, wenn man an Stelle der Beschwerdecommission eine richterliche Instanz treten lasse und da ein Reichsverwaltungsgericht, an welches, analog den Beschwerden bei gewöhnlichen Polizeiverfügungen, eine solche Beschwerde in sozialdemokratischer Beziehung gehen könne, nicht vorhanden sei, so müsse man in Erwägung ziehen, ob nicht das Reichsgericht die Stelle vertreten könne. Herr Liebknecht wollte natürlich alle diese Gründe und Erwägungen nicht anerkennen. Ob gewöhnliches Verwaltungsgericht, ob Beschwerdecommission, ob Reichsgericht — das ist ihm Alles gleichgültig. Er fordert die Aufhebung des Sozialistengesetzes, welche Forderung er mit den alten Darlegungen zu motiviren sucht, daß die sozialdemokratische Partei keine Partei des Umsturzes, keine revolutionäre Partei sei. Wenn er dabei seine Zuhörerschaft auf das Studium von Marx und anderen Sozialisten verwies, so schlug er sich dadurch nur selbst. Zum Schluß seiner erregten Rede gab Herr Liebknecht dann noch einen sehr weit ausgeholten historischen Rückblick, der allerdings nicht bis zu den alten Griechen und Römern hinaufreichte, aber doch den seltsamen Vergleich brachte zwischen der Reform des Herrn v. Stein und derjenigen der jetzigen Sozialdemokraten. Unter allgemeiner Heiterkeit des Hauses schloß er dann mit der Behauptung, daß es viel schwerer sei einen Staat zu erhalten als zu gründen. — So endete denn die heutige sehr ernsthaft und juristisch trocken angefangene Debatte mit einem recht heiteren Satyrspiel, um auf Morgen vertagt zu werden.

Reichstag.

(Originalbericht des „Halle'schen Tageblattes".)

x. Berlin, 5. November. — 8. Sitzung.

Tagesordnung: Erste Berathung des Entwurfes eines Gesetzes, betr. die Abänderung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokraten vom 21. Oktober 1878.

Am Tische des Bundesrathes: von Bötticher, Herrfurth, Bundesbevollmächtigte und Kommissare.

Präsident von Levetzow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten mit dem Vortrage der Eingänge

Abg. Reichensperger (ultr.) (auf der Tribüne ungemein schwer verständlich). Bei dem großen Gewichte, welches die Regierung offenbar auf dieses Gesetz legt, ist es doppelt Pflicht, dasselbe recht zu prüfen; die Sozialdemokraten selbst können dies nur wünschen. Ferner müsse das Haus beklommen sein im Gefühle der Verantwortlichkeit gegen den gesammten Arbeiterstand, von dem doch ein großer Theil loyal geblieben sei. Derselbe sei in dem berechtigten Streben, seine Lage zu verbessern häufig mit dem Sozialistengesetz in Konflikt gerathen, auch die Zeiten haben sich geändert; jetzt sei man schon ruhiger geworden; er glaube nicht, daß das Haus auf die Autorität des Bundesrathes allein hin diesem Gesetze zustimmen werde; die Ausnahmegesetzgebung sei unter allen Umständen sehr bedenklich und müsse beseitigt werden. Was den Antrag des Bundesrathes betreffe, so charakterisire sich derselbe schon dadurch, daß der Bundesrath sich erst sehr spät auf den vorliegenden Entwurf geeinigt habe. Wie dem auch sei, man sagt zur Unterstützung des Gesetzes, dasselbe sei eben nur ein Ausnahmegesetz, wenn die sozialdemokratische Agitation sich werde gelegt haben, wolle man zum gemeinen Rechte zurückkehren. Damit wird aber gerade der Ausnahmezustand beurtheilt, denn das im Entwurfe vorliegende Gesetz behält seinen Charakter als Ausnahmegesetz bei, wie dies auch die Motive bestätigen. Leitet man aber das Gesetz auf den Boden des gemeinen Rechtes über, so werden die Sozialdemokraten machtvoller und sachlicher werden, denn es befinden sich unter denselben nicht nur verirrte und verbitterte, sondern auch sehr begabte Männer. Es scheine ihm unmöglich, daß der Reichstag seine Zustimmung zu einer unbeschränkten Dauer des Gesetzes giebt; es köme höchstens von einer beschränkten Dauer die Rede sein, deren Folgen man unter allen Umständen weiter abwarten möge.

Abg. von Cuny (nlb.) dankt dem Vorredner, daß er die Majorität des Hauses gegen die Vorwürfe der Sozialdemokratie in Schutz genommen habe, noch dankbarer würde er aber gewesen sein, wenn der Vorredner konstatirt hätte, daß das Sozialistengesetz nicht gegen die legitimen Bestrebungen der Arbeiter gerichtet sei, sondern lediglich gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Woher nehme der Abg. Reichensperger die Ueberzeugung, daß die Sozialdemokratie nach Aufhebung des Sozialistengesetzes werde maßvoller auftreten; nein, die Nationalliberalen theilen diese Ueberzeugung nicht; ebensowenig soll aber das Sozialistengesetz in alle Ewigkeit verlängert werden. Für ein dauernbes Gesetz lassen sich zwar manche Gründe anführen, denn durch die Erneuerung des Gesetzes, die in gewissen Zwischenräumen wieder nachgesucht werden müsse, werde Unruhe, Unsicherheit und Aufregung erzeugt; auch könne ein solches nicht identisch sein mit dem bisherigen. Mit dem Begriffe „gemeines Recht" werde auch vielfach Mißbrauch getrieben, die meisten Prozesse, die auf Grund des Sozialistengesetzes angestrengt würden, enden mit Strafbestimmungen, welche in dem allgemeinen Strafgesetzbuch enthalten sind, welches bekanntlich ins Leben trat, als von einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie noch gar nicht die Rede war. Zahlreiche Versuche, das Sozialistengesetz zu verbessern, leiden an einem doppelten Fehler, einmal seien sie nur repressiver Natur gewesen, andererseits treffen sie die ganze Allgemeinheit, welche mit den sozialdemokratischen Bestrebungen nichts gemein habe. Redner verweist hierbei auf das neueste Werk des Sozialistengesetzes.

Abg. Kulemann (natlb). Wenn, wie er hoffe, eine besondere Kommission zur Berathung des Gesetzentwurfes ernannt würde, so sei dieselbe nicht an die Vorschläge des Bundesraths gebunden, könne vielmehr vollkommen die eigene Initiative ergreifen. Ob sich alle Bestimmungen des Entwurfes zur dauernden Annahme eignen, stehe dahin; viele wirthschaftliche familiäre Angelegenheiten würden durch dieselbe gefährdet. Wer die öffentliche Sicherheit gefährde, darüber lassen sich verschiedene Ansichten denken, die theils von dem Temperamente des Urtheilenden, theils von anderen Zufälligkeiten abhängen. Daß gegen derartige Willkürlichkeiten bei Ausführung des Gesetzes Garantien geschaffen werden müssen, liege auf der Hand, wie sie aber durch den Gesetzentwurf geboten werden sollen, scheine ihm unerfindlich. Angesichts dieser Thatsachen könne Redner nicht verhehlen, daß er gegen einzelne Bestimmungen des Gesetzentwurfes schwere Bedenken hege; gleichwohl sei er bereit, seine Zustimmung zu einem dauernden Gesetz zu geben, denn der Staat befinde sich in der Lage der Nothwehr! Wenn einmal die Agitatoren der Sozialdemokratie an's Ruder kämen, so würde man weit schroffer und härter gegen anders Denkende verfahren. Redner kritisirt dann die Bestimmungen des Gesetzentwurfes, welche die Unterdrückung einer Zeitschrift betreffen. Das Ausnahmegesetz müsse sich möglichst an das gemeine Reichsgesetz anschließen; wenigstens müsse es derselben Kontrole unterworfen sein und dieselben Garantien bieten, deshalb müsse die Möglichkeit gegeben sein, die Entscheidung der höchsten Behörde schnell herbeizuführen. Die meisten Beschwerden richten sich gegen den angeblichen Mißbrauch des Sozialistengesetzes (Abg. Bebel unterbricht den Redner; Glocke des Präsidenten); wo ein solcher stattgefunden habe, habe die höhere Behörde ohne Weiteres denselben erkannt und gemißbilligt; darin werde gegen die Sozialdemokraten nicht anders verfahren, wie gegen andere Leute. (Präsident rügt die wiederholten Zwischenreden der Sozialdemokraten). Eine Spezialkommission zur Ueberwachung der Ausführung des Sozialisten-Gesetzes aus der Mitte des Reichstages zu ernennen, sei sehr bedenklich; was an die Stelle dieser Kontrolkommission zu setzen sei, das könne nicht Sache der ersten Berathung sein. Bei der großen Wichtigkeit der Vorlage beantrage er im Namen der Nationalliberalen die Niedersetzung einer Spezialkommission von 28 Mitgliedern. (Vielseitiges Bravo.)

Abg. Liebknecht (soz.) Es sei gleichgiltig, ob in Spezialgesetz oder ein solches in Form des gemeinen Rechts gegen die Sozialdemokratie erlassen werde; wer A sage, müsse auch B sagen, die Sozialdemokraten wüßten ganz genau, daß dieses Gesetz, sei es in dieser, sei es in jeder Form, so lange werde aufrecht erhalten werden, wie die jetzigen Zustände in Deutschland dauern; man wisse auch, weshalb das ganze Gesetz gegeben sei und kenne seine Urheber! Ein Ausnahmegesetz sei stets ein Willkürgesetz, welches niemals das Unrecht zum Recht zu machen vermöge. Das Sozialistengesetz bestehe nun 11 Jahre und sei gegeben worden infolge der Attentate gegen den Kaiser, woher wisse denn aber Fürst Bismarck, daß diese Attentate von Sozialdemokraten ausgegangen seien; auf diese Weise sollen die Sozialdemokraten gründlich verleumdet werden; jederman wisse, welcher Partei Nobiling angehört habe, nämlich der nationalliberalen, während Hödel ein Konservativer gewesen sei, wie seine Beziehungen zu Stöcker bewiesen hätten. (Gelächter.) Von einem maßlosen Vorgehen der Sozialdemokratie sei ihm ebenfalls nichts bekannt. Gewiß, wir haben hier und da kräftige Worte gebraucht, aber nicht schlimmer, wie dies von Seiten anderer Parteien geschehen sei. Man habe also nicht die mindeste Berechtigung gehabt, ein Spezialgesetz von so schweren Folgen und Beschränkungen gegen die Sozialdemokratie zu erlassen; man habe aber damit gleichzeitig die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter unterdrücken wollen, sonst hätte man das Sozialistengesetz aufgehoben, nachdem man erkannt, daß die Sozialdemokratie die Attentate auf Kaiser Wilhelm nicht veranlaßt habe, die man zum Ausgang des Gesetzes nahm. Es waren politische Gründe, welche das Sozialistengesetz schufen; man fürchtete, die moderne Wirthschaftspolitik nicht einführen zu können, so lange die sozialdemokratische Presse nicht geknebelt sei, aber die Nemesis wird die Urheber des Gesetzes erreichen! (Gelächter.) Die Sozialdemokraten sind keine Demagogen, sondern sie wollen nur belehren; freilich seien ihre Lehren auf fruchtbaren Boden gefallen, daher solle man nicht mit Ausnahmegesetzen gegen dieselben vorgehen. Man spreche von sozialdemokratischen grauen Exzessen! das sei eine Lüge, wären die Sozialdemokraten zu Exzessen geneigt, so würde heute keiner von den Urhebern des Ausnahmegesetzes mehr leben! (Gelächter.) Er glaube gern, daß der Minister Herrfurth entschlossen sei, das Lockspitzelthum zu unterdrücken, es werde ihm aber nie gelingen, das Lockspitzelthum von seinen Rockschößen zu streifen. Er zweifle nicht, daß die deutschen Richter bestrebt seien, auch gegen Sozialdemokraten möglichst gerecht zu sein, aber Richter unterliegen ebenfalls politisch-menschlichen Schwächen. Das Ausnahmegesetz zu einem dauernden Spezialgesetz zu machen, dazu liege nicht der mindeste Grund vor, vielmehr müsse jede Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie beseitigt werden. Das Verhalten der Beamten in Ausführung des Sozialistengesetzes sei häufig ungerechtfertigt, es sei ihm aber nicht bekannt geworden, daß ein Beamter deshalb entlassen worden wäre. Redner berührt dann die Konfiskation der „Volkszeitung", die völlig unberechtigt gewesen sei; es sei ganz klar, die Regierung wolle die modernen Ideen, die ihr unbequem sind, beseitigen. „Der „soziale König" habe zu den westfälischen Bergleuten gesprochen — —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18891107015/fragment/page=0001

Präsident von Levetzow macht den Redner darauf aufmerksam, daß ein solcher Ausdruck unzulässig sei.

Abg. Liebknecht fährt fort. Man habe allerei Versprechungen gemacht, aber nichts gehalten. Wie ruhig sei der Dockarbeiterstreik in London verlaufen; bei uns rufe man gleich nach Polizei, wenn die Arbeiter ihr Recht suchen; in England achte man die konstitutionellen Rechte der Arbeiter. In England ist der Arbeiter gleichberechtigt mit dem Arbeitgeber. — Das Recht zu sagen: „Ich bin der Staat", habe weder der Reichstag, nach die Regierung; der Staat ist die im Gesammtheit; die Sozialdemokratie gefährde die Gesammtheit nicht; Gegenheil, in Sozialdemokratie sei weit entfernt, eine staatsfeindliche Partei zu sein, in eminenten Sinne eine staatsbildende; gegen eine solche Partei Ausnahmegesetze zu verlassen, sei ein großes Unrechts. Nichts werde im Stande sein, die endgültige Bildung des sozialistischen Staates auf die Dauer zu verhindern. Die Sozialdemokraten seien aber nicht für Ausübungen von Gewalt, das überlasse man anderen Parteien. Redner erschöpft sich in Lobeserhebungen der Sozialdemokratie, der jeder Arbeiter angehören müsse; sie habe sich stets innerhalb gesetzlicher Grenzen bewegt, die Ungesetzlichkeit sei bei den sogenannten staatserhaltenden Parteien, es sei aber leichter, Staaten zu zerstören, wie zu erhalten, letzteres aber sei das Bestreben und das Endziel der Sozialdemokraten (Allg. Gelächter.) Nun, meine Herrn, schließt Redner, thun Sie, was Sie nicht lassen können.

Schluß der Sitzung 4 Uhr 45 Min. Nächste Sitzung Mittwoch, 6. Nov. 1 Uhr; Fortsetzung der heutigen Berathung über die Aenderung des Sozialistengesetzes.

Zur Kaiserreise.

Konstantinopel, 5. November.

* Gestern Abend war beim Sultan Diner in intimem Cirkel, sodann wohnte Ihre Majestät die Kaiserin in Begleitung der Gemahlin des Botschafters von Radowitz und anderer Damen einem Feste im Harem des Sultans bei und verblieb daselbst bis 1 Uhr Nachts. Heute Morgen fuhr Se. Majestät in einem Kaik zum Schlosse Begler Beg, wo im Jahre 1869 weiland Kaiser Friedrich als Kronprinz gewohnt hatte. Auf dem Wege nach Skutari genoß Se. Majestät vom Berge Chamlindja aus die herrliche Aussicht und stieg sodann nach Haider Pascha, dem Ausgangspunkte der anatolischen Bahnen hinunter. Von hier aus besuchte Se. Majestät der Kaiser zu Schiffe das Schloß der 7 Thürme und machte sodann einen Spaziergang um die alte Stadtmauer, welche Allerhöchstderselbe am gestrigen Tage wegen der Besichtigung einiger militärischer Anstalten verschoben hatte.

Se. Majestät der Kaiser Wilhelm ist von dem hiesigen Aufenthalte entzückt und spricht in Ausdrücken höchster Befriedigung über die unvergleichliche Gastfreundschaft des Sultans.

Ihre Majestäten tauschten gestern Abend mit dem Sultan kostbare Geschenke. Der Sultan überreichte Sr. Majestät dem Kaiser verschiedene werthvolle Erzeugnisse orientalischen Kunstfleißes: gestrickte Stoffe, Möbel mit Mosaikverzierung, ein mit Edelsteinen ausgelegtes Schreibzeug: Ihrer Majestät der Kaiserin widmete der Sultan ein herrliches Kollier.

Se. Majestät der Kaiser hat an nachstehende hervorragende Personen Orden verliehen: dem Generaladjutanten Marschall Ghazi Osman Pascha das Großkreuz des Rothen Adlerordens, dem Minister der Civilliste Agob Pascha Kapasjan, dem ersten Sekretär des Sultans und Sureya Pascha und dem Marineminister Hassan Pascha den Rothen Adlerorden 1. Kl. und dem Präsidenten von Pera Blaque den Kronenorden 1. Kl, General Strecker Pascha, der Minister des Innern Munir Pascha und der Generaladjutant Ali Nizami Pascha, welche bereits hohe Orden besitzen, erhielten von Sr. Majestät dem Kaiser mit Brillanten besetzte Tabatièren. Außerdem wurden die dem persönlichen Dienste Sr. Majestät attachirten Persönlichkeiten durch ihrem Range angemessene Ordensverleihungen ausgezeichnet.

Sowohl vor wie nach den persönlichen Besprechungen der beiden Monarchen haben Unterredungen stattgefunden, zu denen der Staatssekretär des Auswärtigen Graf Bismarck und der Minister des Aeußern Said Pascha zugezogen wurden.

Konstantinopel, 5. November.

* Beim gestrigen Diner überreichte Se. Majestät der Kaiser Wilhelm dem Sultan die Kette des Großkomthurs des Königl. Hausordens von Hohenzollern und legte demselben die Kette persönlich um den Hals. Der Sultan war durch diese Auszeichnung auf's Höchste erfreut. — Nach den bis jetzt getroffenen Bestimmungen werden Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin am Mittwoch die Rückreise nach Venedig antreten. Das kaiserliche Gefolge begiebt sich per Bahn nach Berlin zurück. Der Staatsminister Graf Bismarck beabsichtigt, auf der Rückfahrt einen kurzen Aufenthalt in Pest zu nehmen.

Politische und Tages-Chronik.

Halle, 6. November.

≡ Was die kategorische Erklärung der „Kreuzzeitung" anbetrifft. Das Bankgesetz sei in seiner geplanten Fassung für die konservative Partei unannehmbar, so wird dieselbe selbst in konservativen Kreisen nicht ernst genommen. Im Gegentheil steht zu erwarten, daß das Gesetz eine große Mehrheit für sich haben und sehr rasch erledigt sein wird. Der vorgeschlagene Zinsfuß nach oben und unten von 3½ und 6 pCt. entspricht den thatsächlichen Verhältnissen des Geldmarktes, ebenso die Dividende von 8 pCt. Die Beibehaltung des Kuratoriums bietet aber die Gewähr, daß das Bankinstitut nicht zu seiner Aufgabe fernliegenden politischen Zwecken mißbraucht wird. Die Ansicht der Kreuzzeitungskonservativen, das Institut auch für den Credit kleiner ländlicher Grundbesitzer nutzbar zu machen, ist eine vollständig verfehlte. Man könne den kleinen Grundbesitzern, die sonst keinerlei Kredit mehr beanspruchen können, nicht durch die staatliche Hülfe einer Reichsbank neuen Credit gewähren. Die Besserung ihrer Lage muß auf anderem Wege, Meliorationen und dergl. versucht werden.

§ Der „Bote aus dem Riesengebirge", das bekannte deutschfreisinnige Blatt Schlesiens bringt folgende parlamentarische Notiz: „Das muß man sagen, pflichttreu ist die Cartellmehrheit des Reichstags. Alle Berichte stimmen darin überein, daß der Reichstag während der dreitägigen Etatsdebatte nicht beschlußfähig gewesen ist. Das Cartellvergnügen muß darnach zu Ende sein." — Abgesehen von der geschmacklosen Art und Weise dieses Angriffes seitens des deutschfreisinnigen Blattes auf die Cartellparteien, enthält derselbe auch eine vollständige Umkehrung der Thatsachen. Die Nationalliberale Partei und die Conservativen waren bei weiten in der verhältnißmäßigen Mehrzahl anwesend. Sie zählten ungefähr 150 Stimmen; wären in demselben Verhältniß die übrigen Parteien am Platze gewesen, dann wäre ein ganz stattliches Haus zusammengekommen. Aber wie verhielt es sich mit den Oppositionsparteien? Von den Freisinnigen fehlten etwa 22; die 15 Elsässer waren gar nicht vertreten, ebenfalls fehlten die 5 Welfen; von den 13 Polen glänzten 12 durch Abwesenheit, ebenso der dänische Freund der deutschfreisinnigen und von den Ultramontanen waren etwa 60—70 nicht zur Stelle. Wem hiernach die Schuld an der Beschlußunfähigkeit des Hauses trifft, ist leicht nachzurechnen. Arbeitsmüdigkeit den Cartellparteien vorzuwerfen nach den Resultaten der letzten Session, ist eine Frivolität.

— Auf Grund der gestrigen Reichstagsdebatte erklärt die „Nationalzeitung" von Neuem, daß der kleine Belagerungszustand etwas durchaus Anderes geworden ist, als man ursprünglich beabsichtigte, und daß es angesichts des bisher gemachten Gebrauchs unmöglich sei, diese Vollmachten, insbesondere die zur beliebigen Ausweisung von Personen, in einem dauernden Gesetze sogar künftigen unbekannten Regierungen zu bewilligen.

— Dafür, daß von den Gegnern des Prinzen Ferdinand noch immer Anschläge auf Entfernung desselben geplant werden, sprechen mancherlei gleichzeitig auftauchende Meldungen. So ist die Abreise Zankows aus Serbien nach Petersburg deshalb auffällig, weil er es stets liebte, ein Alibi nachweisen zu können, wenn irgend etwas von seinen Anhängern Vorbereitetes ins Werk gesetzt werden sollte. Gleichzeitig wird aus Bukarest gemeldet, daß daselbst der an dem Attentate gegen den Prinzen Alexander betheiligt gewesene Benderew eingetroffen sei und mehrere Ortschaften bereise, wo sich bulgarische Kolonisten aufhalten. Endlich wurde (wie mitgetheilt) aus Belgrad berichtet, daß daselbst der Agent Waldapfel wegen Theilnahme an Machenschaften, die ein Komplott gegen den Prinzen Ferdinand zum Zwecke gehabt hätten, ausgewiesen worden sei. Waldapfel selbst stellt seine Ausweisung und die angeblichen Ursachen derselben freilich in Abrede. Hält man aber all die erwähnten Meldungen zusammen, so scheint in der That etwas Verdächtiges vorgekommen zu sein. Ob Prinz Ferdinand seine Rückreise nach Bulgarien deshalb geheimgehalten oder ob er dies nur gethan, um nirgends Verlegenheiten zu bereiten, ist schwer zu sagen.

* **Dorsten**, 5. Nov. Bei der heute hier stattgehabten Landtagsersatzwahl für den vierten Wahlbezirk des Regierungsbezirks Münster wurde an Stelle des Abgeordneten Eickenscheidt, welcher sein Mandat niedergelegt hat, der Landrath a. D. Aloys Fritzen zu Düsseldorf (Centrum) mit 379 Stimmen zum Abgeordneten gewählt.

* **Hamburg**, 5. Nov. Heute ist ein Streik der Schiffszimmerleute ausgebrochen. Dieselben beanspruchen an Winterlagen einen ebenso hohen Tagelohn, wie im Sommer. Die Werften bewilligten diese Forder-

---

32

Die Wilderer.

Roman von Paul Framek.

(Nachdruck verboten.)

9.

„Ich begreife es nicht, Adelheid," sagte Fräulein von Diestorp zu dieser und steuerte dabei mit der Nase hoch durch die Luft, „wie ein Edelfräulein ihre Zeit mit solchem Lappalien vergeuden kann, wie das Sammeln und Trocknen von allerlei Unkraut ist. Es ist doch so gar nicht standesgemäß."

„Mag sein, Tante," erwiderte diese, ohne sich im Untersuchen einiger Pflanzen stören zu lassen, mit denen sie eifrig beschäftigt war, „mag sein, daß Du es so ansiehst, ich sehe es eben anders an!"

„Du besitzest eigenthümliche Ansichten. Zu meiner Zeit wurde nur auf das Repräsentieren gesehen. Man lernte Französisch, Tanzen, und noch einiges andere, was denselben Zweck hatte, und ich wüßte nicht was für unsern Stand schicklicher und passender wäre! Mit Unkraut und Ungeziefer gab man sich nicht ab. Solche vulgären Liebhabereien setzen den Adel nur herab, erniedrigen seine Gesinnung und bleiben daher am besten niedern Ständen überlassen."

„Auch ich glaube standesgemäß zu denken," antwortete die Nichte, „die Zeiten haben sich gegen früher bedeutend geändert. Wir müssen uns eben mit der Bildung unserer Zeit vertraut machen, wenn wir unsere vielfach angefeindete Stellung behaupten wollen!"

„Behaupten — Stellung?" fragte das alte Fräulein mit unverhehltem Erstaunen, „wer wollte die antasten? Und dergleichen unnützes Zeug gehörte zur Bildung? Du leidest sehr an Einbildung!"

„Wenigstens leide ich nicht allein daran," lächelte Adelheid, „der Oheim muß jetzt wohl auch damit behaftet sein!"

Fräulein von Diestorp warf ihrer Nichte einen forschenden Blick zu, dann sagte sie scharf:

„Das war lieblos, was weißt Du davon?"

„Lieblos?" fragte die Nichte erschrocken zurück, „in wiefern? Theilt er nicht meine Studien und also auch meine Ansichten oder Einbildungen, wie Du sie zu nennen beliebst?"

Die Tante warf ihr noch einen scharfen Blick zu:

„Ich dachte, Du meintest es anders!" sagte sie.

Adelheid blickte sie nun von ihrer Seite forschend an, jedoch Fräulein von Diestorp schwieg und wich dadurch einer Erklärung aus. Wahrscheinlich wußte dieselbe über jene unheimlichen Dinge, über welche ihr kürzlich so beunruhigende Eröffnungen gemacht waren, Näheres, aber sie mochte gerade mit dieser Verwandten über diesen Punkt am wenigsten reden und schwieg nun ebenfalls. Nach einiger Zeit trat der Graf herein und sah ihr bei ihrer Beschäftigung zu.

„Darf man fragen," begann dieser mit einem beinahe spöttischen Zuge um seine Mundwinkel, „was für eine wichtige Pflanze das sein mag, mit der sich Ihre zarten Finger da so emsig beschäftigten?"

„Interessiert Sie die Botanik?" antwortete Adelheid kühl.

„Nicht gerade sehr, mich interessieren Leben und Bewegung mehr, ein muthiges Pferd ist mir lieber. Aber den Namen der eigenthümlichen Pflanze, welche das Glück hat, von Ihnen mit solcher Rücksicht behandelt zu werden, möchte ich doch erfahren!"

„Der deutsche Name ist „die Biene", weil ihre Blume, wie Sie hier sehen können, mit einer Biene Aehnlichkeit besitzt!"

„Giebt es noch mehr solche Aehnlichkeiten?"

„Man findet eine aus derselben Gattung, welche „die Fliege", eine andere, welche, eben der Aehnlichkeit wegen, „die Spinne" genannt wird."

„Das wäre ja doch nicht ohne alles Interresse!" bemerkte der Graf.

„Also auch Fliegen und Spinnen?" fragte Fräulein von Diestorp; nichts Größeres?"

„O, auch Pferde und selbst Elefanten," erwiderte Adelheid muthwillig, „wenn nicht dem Namen, so doch dem Bau, der Größe oder Plumpheit nach. Es giebt Pflanzen, höher als der höchste Thurm, älter als das älteste Bauwerk, 3000 bis 4000 Jahre alt."

„Aber meine Liebe," rief Fräulein von Diestorp entrüstet, „das ist ja nicht möglich, das ginge ja über alle adligen Stammbäume hinaus; was meinen Sie dazu, Hen Graf?"

„Diese Frage, liebe Tante," warf Adelheid ein, „kann wohl hier durch Abstimmen nicht entschieden werden."

Der Graf zuckte die Achseln.

„Ich bin erstaunt, aus einem so schönen Munde solche Gelehrsamkeit zu vernehmen. Glücklich der Lehrer, der sich in so kurzer Zeit so großer Erfolge rühmen darf!"

Diese Worte schienen nicht ohne Beziehung gesagt zu sein. Betroffen und leise erröthend blickte Adelheid den Grafen an, aber dieser bewahrte eine so undurchdringliche Miene, daß in ihr nichts zu lesen war. Nur sein Auge zeigte jenen ihm zu Zeiten eigenen, scharfen, geierartigen Blick, und um seine Lippen spielte wie gewöhnlich ein sarkastisches Lächeln.

„Dreitausend bis viertausend Jahre!" sprach Fräulein von Diestorp, die sich unterdessen still gewundert hatte und nun ein bisher leise geführtes Selbstgespräch laut fortsetzte. „Wie alt ist denn da die alte Kirche im Dorfe, die soll ja sogar älter sein als das Schloß?"

„Ich weiß es nicht!" sagte Adelheid, „der Herr Pastor oder der Lehrer kann Auskunft darüber geben."

„Sie ist sehr alt," fuhr Fräulein von Diestorp fort, „sie enthält ja das Erbbegräbniß der Familie Finsterburg. Auch werthvolle Alterthümer sind dort."

Kann man eine solche Merkwürdigkeit nicht zu sehen bekommen?" fragte der Graf, „für Alterthümer interessiere ich mich sehr!"

„Natürlich," nickte die ältere Dame, „aber Sie sollen das alles sehen, und auch erklärt erhalten; wir werden Sie begleiten. Gehen wir sogleich, wenn es Ihnen recht ist!"

Der Graf nahm den Vorschlag dankend an.

„Wird auch Fräulein Adelheid von der Parthei sein?"

Adelheid lehnte unter dem Vorwande ab, daß Doktor Günther kommen wolle.

„Das ist freilich vorzuziehen," bemerkte der Graf, „bei einem so reizenden Studium erklärlich!"

Adelheid antwortete nur mit einem kalten, abweisenden Blicke.

„So gehen wir allein!" sagte Fräulein von Diestorp

Infolgedessen finden wir die Beiden, kurze Zeit darauf von dem Kantor und Prediger geführt, in der Kirche und wirklich bot diese alte Kirche Vieles, was wohl des Anschauens werth war.

Das Gebäude selbst war ein plumper Bau, der von keinem großen Meister herrühren mochte, aber an Denkmälern war kein Mangel. Das Familien-Begräbniß derer von Finsterburg befand sich in einer geräumigen Krypta, zu welcher eine massiv eichene Thür führte, die der Lehrer erschloß, wobei er mit einer Laterne die in das Gewölbe hinunterführenden Stufen beleuchtete. Ein kalter Hauch und Modergeruch drang empor.

„Ist es den Herrschaften gefällig?" sagte der Prediger.

Fräulein von Diestorp blickte den Grafen an, der zu zögern und zurückzuschaudern schien.

„Fehlt Ihnen etwas, mein Lieber?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18891107015/fragment/page=0002

ung nicht und haben infolgedessen gegen tausend Zimmerleute die Arbeit eingestellt. Die Werften sind event. geneigt, im Winter höheren Tagelohn zu bezahlen, wenn die Zimmerleute dafür die gleiche Zeit wie im Sommer arbeiten wollen.

* **Koburg,** 5. Nov. Die „Koburger Zeitung“ hält ihre am 26. Okt. gegebene Erklärung, daß seitens des Herzog Ernst ein Antrag behufs Einstellung des Verfahrens gegen den Rechtsanwalt Harmening nicht gestellt sei, mit größter Bestimmtheit aufrecht und spricht den Wunsch aus, daß wenigstens der Versuch gemacht werde, die gegnerischen Angaben thatsächlich zu belegen.

* **Sigmaringen,** 5. Nov. Die Gräfin von Flandern ist heute nach mehrwöchentlichem Aufenthalt am hiesigen Hofe wieder nach Brüssel zurückgereist.

* **Wien,** 5. November. Bei den heute in den hiesigen Bezirken Neubau und Alsergrund stattgehabten Bezirksausschußwahlen wurden durchweg die liberalen Kandidaten gewählt.

* In Besprechung der Budgetdebatte im deutschen Reichstage bemerkt das „Fremdenblatt“: Die Beschwerden, welche gelegentlich der Etatsdebatte ausgesprochen wurden, entspringen insofern nicht blos dem Parteiboden, als sie größtentheils in den allgemeinen Verhältnissen beruhen. An diesen aber können die Friedensmächte nichts ändern. Den Regierungen derselben könne Streben nach Kriegsruhm nicht vorgeworfen werden. Jeder ihrer Schritte beweise, daß die Aufrechterhaltung des Friedens das höchste Ziel ihres Ehrgeizes sei. Darin seien sie mit den Völkern vollständig einig, und nur die Verblendung könne bestreiten, daß sie diesbezüglich nur als Vollstrecker der Wünsche der Völker auftraten. Der allgemeine industrielle Aufschwung mache die düsteren Voraussagen zu Schanden. Deutschlands ökonomische Kraft sei trotz der nothwendigen starken Rüstungen vollständig ungebrochen geblieben, und die glänzende Stellung im Rathe der Nationen vermehre noch seinen Reichthum.

* **Insbruck,** 5. Nov. Der Landtag nahm heute den vom Abgeordneten Schuhmacher eingebrachten Antrag, auf diplomatischem Wege auf die Aufhebung der Viehsperre gegen Deutschland hinzuwirken, an.

* **Pest,** 5. November. Das Abgeordnetenhaus hat heute den Gesetzentwurf, betreffend die Hofhaltung Sr. Majestät des Königs mit großer Majorität angenommen. Nur die äußere Linke stimmte gegen die Vorlage; die gesammte liberale Partei und die gemäßigte Opposition stimmten dafür.

* **Paris,** 5. November. Die Gesandtschaft des Sultans von Zanzibar wurde heute von dem Minister des Auswärtigen, Spuller, und sodann vom Präsidenten Carnot empfangen.

* Nach einer telegraphischen Meldung des „Journal des Debats“ aus London ist ein Bote Stanley's nach einer einmonatlichen Reise am 1. d. M. in Zanzibar angekommen, um Hülfe nachzusuchen. Sechs Engländer, zwei Italiener und 800 Eingeborene sollen sich bei Stanley befinden und ungeduldig auf Lebensmittel warten.

Brüssel, 5. Nov. Der Papst ersuchte König Leopold, ihm sämmtliche auf die Afrikaconferenz bezüglichen Schriftstücke einzusenden.

Petersburg, 5. November. Man erzählt, daß die kürzlich vom früheren hiesigen evangelischen Pastor Dalton an den Oberprokureur des heiligen Synods gerichteten offenen Briefe, welche arge Beschwerden über die Unterdrückung der evangelischen Kirche in Rußland enthalten, dem Zaren während seines Kopenhagener Aufenthalts in russischer Uebersetzung in die Hände gespielt worden seien. Dieselben hätten angeblich einen gewissen Eindruck auf den Zaren gemacht, so daß man hofft, der Druck gegen die lutherische Kirche werde gemildert werden.

* **London,** 5. November. Das Emin-Pascha-Comitee hat über Zanzibar eine Depesche Stanleys erhalten, nach welcher derselbe bei seiner zweiten Rückkehr vom Albert-Nyanza nach dem Kongo gehört habe, daß Emin Pascha und Jephson seit dem 18. August gefangen seien. Die Truppen der Aequatorialprovinz hätten sich empört und ein starkes Heer von Mahdisten habe einen Einfall in die Provinz gemacht. Die Eingeborenen hätten sich denselben angeschlossen, verwüsteten das Land, tödteten die Flüchtlinge und zerstörten die Munitionen und Vorräthe. Schließlich hätten die Mahdisten eine Niederlage erlitten und einen Dampfer nach Khartum gesandt, um Verstärkungen zu holen. Auf das dringende Gesuch um Hülfe sei Stanley zum dritten Male nach dem Albert-Nyanza aufgebrochen, woselbst er am 18. Januar dieses Jahres eingetroffen sei und den Ueberlebenden Entsatz brachte. Er habe dort bis zum 8. Mai auf die Flüchtlinge gewartet und sodann den Rückmarsch angetreten.

* **Kairo,** 5. Nov. Der Prinz von Wales ist heute nach Alexandrien abgereist, wo er sich morgen einschiffen wird.

(Fortsetzung der Politischen- und Tages-Chronik siehe „Letzte Nachrichten und Telegramme.“)

Provinz und Reich.

(Der Abdruck unserer Originalartikel ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

)(**Naumburg,** 24. Oktober. Vor der hiesigen Strafkammer des königl. Landgerichts stand gestern folgender Fall zur Verhandlung: Wegen Patentverletzung war der Kaufmann Karl Friedrich Traugott Opel aus Zeitz von der königl. Staatsanwaltschaft in Anklagezustand versetzt, während der angeblich geschädigte Fabrikant Näther aus Zeitz als Nebenkläger auftrat. Herr Opel hat sogenannte „Triumpfstühle“ in verbessertem Zustande hergestellt, wodurch dem Ruhenden gestattet ist, mit Leichtigkeit den Stuhl durch leichte Handhabe in jede Lage zu versetzen, eventuell sich ohne Gefahr des Ueberkippens auf demselben zu schaukeln. Opel behauptet, diese Stühle nach einem, ihm von einem Deutsch-Amerikaner Namens Just geliehenen amerikanischen Stuhle gefertigt zu haben, während die Anklage behauptet, daß ein von Näther damals bereits zum Patent angemeldeter und auch später patentirter Stuhl von Opel zur Nachnahmung benutzt ist. Letzteres wird durch mehrere Zeugen und Sachverständige nachgewiesen, weshalb der Gerichtshof neue Beweisanträge verwirft und Opel zu einer Geldstrafe von 300 Mark oder 20 Tage Haft, sowie Tragung sämmtlicher Kosten verurtheilt, gleichzeitig auch die einmalige Bekanntmachung des Urtheils in zwei Zeitungen auf Kosten des Verurtheilten beschließt, sowie die Einziehung aller bei Opel beschlagnahmten Stühle, wie aus der Verhandlung hervorging, ca. 1000 Stück. Dagegen lehnt der Gerichtshof die weitere Beschlagnahme der Zeichnungen, Platten ꝛc. ab, ebenso Mangels genügenden Beweismaterials über die Anzahl der vom Verurtheilten verkauften Stühle die vom Nebenkläger beantragte Buße von 5000 Mark. Der Staatsanwalt hatte, da der Angeklagte schon einige Male wegen Verletzung des Patentgesetzes bestraft worden ist, eine Geldstrafe in Höhe von 3000 Mk. oder 3 Monaten Gefängniß beantragt.

Erfurt, 5 November. Durch das Gesetz zur Erleichterung der Volksschullasten sind den Schulverbänden des Regierungs-Bezirks Erfurt insgesammt 264,913 M. an jährlichen Staatsbeiträgen zu den Lehrerbesoldungen vom 1. Oktober 1888 ab überwiesen worden. Diese Summe hat sich durch das Ergänzungsgesetz vom 31. März d. J. vom 1. April d. J. ab auf den Jahresbetrag von 350,648 M. erhöht. Infolge dieser Ueberweisungen aus der Staatskasse ist es ermöglicht worden, das Schulgeld in den Volksschulen des Regierungsbezirks, mit Ausnahme von 5 städtischen und 2 ländlichen Gemeinden gänzlich in Wegfall kommen zu lassen. Während im Jahre 1886 nach den damals stattgehabten statistischen Erhebungen das Schulgeld nur in einer geringen Zahl von städtischen und ländlichen Schulgemeinden beseitigt war und noch im Jahresbetrage von 145,599 Mark in den Volksschulen des Regierungsbezirks zur Hebung kam, ist dasselbe gegenwärtig auf 14,440 Mk. zurückgegangen und hat sich somit um jährlich 131,159 Mk. ermäßigt. Hierdurch ist namentlich der ärmere Theil der Bevölkerung entlastet worden. Es verdient auch anerkennend hervorgehoben zu werden, daß eine Anzahl von Schulgemeinden auf Anregung der königl. Bezirksregierung mit Hülfe der Staats-Zuschüsse Aufbesserungen der Lehrergehälter vorgenommen haben, sowie daß auch in vielen Fällen die den gegenwärtigen Preisverhältnissen nicht mehr entsprechenden Heizungs-Entschädigungen erhöht worden sind.

Dermbach, 5. November. Nachdem die Nebengebäude der verkrachten Zuckerfabrik Dermbach niedergelegt sind, wird heute zunächst mit dem Transport des Bauholzes und der Maschinen durch die Feldabahn begonnen; dieselben werden bekanntlich zur Errichtung einer Zuckerfabrik in Großrudestedt ihre Verwendung finden. Bis zum 1. April k. J. müssen vertragsweise alle Spuren der ehemaligen Zuckerfabrik beseitigt sein, dazu gehört u. A. auch die Niederlegung der Drahtseilbahn und die Ebnung des von ihr berührten Terrains, die Beseitigung der Rübenkeller u. s. w. Das Hauptgebäude bleibt zwar stehen, es ist indeß noch nichts Näheres bekannt darüber, wozu es dienen soll. Man sprach von der Errichtung einer Brauerei, doch fehle es an geeignetem Terrain zu Kellern, auch an Wasser mangele es.

S **Apolda,** 5. November. In der hiesigen Kolonne vom rothen Kreuz wird in diesem Monat ein Ausbildungskursus für neu eintretende Mannschaften beginnen. Bei der immer stärker werdenden Armee und den umfangreichen Rüstungen im Frieden ist auch umsomehr das Bedürfniß nach freiwilligen Sanitätskolonnen vorhanden. An dem neuen Kursus haben drei der hiesigen Aerzte ihre Mitwirkung zugesagt. — Im Kaufmännischen Verein wird heute Abend der Leiter der hiesigen Handelsschule Herr Lehrer E. Böhme einen Vortrag über „Das neue deutsche Reich und sein Kaiser“ halten. — In der vergangenen Nacht wurden hier drei Einbruchsdiebstähle verübt. — Das hiesige Crystallpalast-Theater unter der Direktion von Georg Schaffnit erfreut sich der besten Sympathie des Publikums. Die Theatergesellschaft vermag recht gutes zu leisten und die Direktion ist bestrebt, das Beste in Schau- und Lustspielen, Operetten und Possen zu bieten.

Coburg, 5. November. Der hiesige Hofjuwelier Bahmann hat eine Additionsmaschine erfunden und sich dieselbe patentieren lassen. — Die Werrabahn hat in den ersten 9 Monaten dieses Jahres 2378282 Mark, d. i. 164826 Mark mehr als in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres vereinnahmt. Für 1889 sind zur Verzinsung und Amortisation der Prioritätsobligationen und sonstigen Darlehen aus den Betriebseinnahmen 444430 Mk. erforderlich und zur Theilnahme an der Dividende bezw. Verzinsung Stammaktien in Höhe von 15020700 Mark erforderlich.

Δ **Nordhausen,** 5. Nov. Ein beklagenswerthes Unglück hat sich vorgestern in der Oberförsterei Birkenmoor zugetragen. Oberförster T. hatte, wie erzählt wird, von einem Waldgange heimkehrend auf seinem Acker Wildschweinspuren bemerkt und seine Büchse schußbereit gemacht. Als er in die Nähe eines Reisholzhaufens gekommen, habe er an einem Baume eine Tasche hängen sehen und daraus geschlossen, daß ein Mensch hinter dem Haufen sich befinden müsse. Als er den Hahn der Büchse in Ruhe habe setzen wollen, sei er mit der Hand abgeglitten, der Schuß sei losgegangen und habe den hinter dem Holzhaufen in gebückter Stellung mit Wellenbinden beschäftigten Waldarbeiter Schröder derart getroffen, daß die Kugel unten am Halse eingedrungen, die Schädeldecke zertrümmert und den sofortigen Tod des Schröder verursacht hat. Auf die von T. sofort in Ilfeld gemachte Anzeige hat sich eine Gerichtskommission zur Aufnahme des Thatbestandes nach Birkenmoor begeben.

H. **Göttern** bei Magdala, 5. November. Ueber das im vergangenen Monat Oktober, namentlich in Thüringen beobachtete Meteor sind in den Zeitungen verschiedene interessante Beschreibungen und Mittheilungen gemacht worden. Es sei mir gestattet, noch nachträglich über jenes Meteor, wie ich es beobachtet habe, naturgetreu berichten zu dürfen. Es war am 15. Oktober Abends ¾7 Uhr. Ich befand mich in freier Natur, der Abend war kühl und dunkel. Plötzlich war es vollmondshell und ich gewahrte eine Erscheinung, welche schräg aus der Luft von Osten kommend nach Westen zu seinen Gang hatte, in der Richtung nach Weimar zu: eine glänzend weiße Kugel mit langem Schweif, aus der Kugel fielen an der Südostseite wieder kleine Kugeln in der Größe eines kleinen Kinderballens und noch kleiner heraus, welche blendend weiß sahen. Der Schweif sah nach der Südseite blaßroth, neben diesem Blaßroth war ein schwacher Rauchstreif. Nach der Nordseite war der Schweif grünlich. Die ganze Erscheinung dauerte 3–4 Sekunden.

▭ **Fulda,** 5. November. Die Neuwahl eines Landtags-Abgeordneten für den Wahlkreis Hünfeld-Gersfeld an Stelle des verstorbenen Amtsgerichtssekretärs Schmidt-Batten ist auf den 11. d. M., die der Wahlmänner auf den 4. ds. anberaumt. Kandidat der Centrumspartei ist der bekannte Hetz- und Preßkaplan Dasbach, durch dessen Wahl das unversöhnliche Element innerhalb der Centrumspartei eine neue Verstärkung erhalten würde.

Oels, 4. Nov. Das hiesige Schwurgericht hat vor Kurzem eine Verurtheilung zu fünfzehnjähriger Zuchthausstrafe wegen Verkaufs trichinösen Fleisches, dessen Genuß den Tod von 6 Personen zur Folge hatte, über die Franz Beier'schen Eheleute aus Klein-Schönwald ausgesprochen. Die hohe Strafe rechtfertigt sich durch die gemeinen Beweggründe der That. Trotzdem das Fleisch des geschachteten Schweines vom Fleischbeschauer als trichinenhaltig bezeichnet und seine Vernichtung angeordnet war, auch die Versicherungssumme voll ausgezahlt war, haben die Beier'schen Eheleute aus Habsucht Fleisch von dem trichinösen Schweine bei Seite geschafft und verkauft. — Mehr als dreißig Personen erkrankten daran, sechs starben.

() **Thorn,** 5. November. Wie verlautet, hat, auf Vermittelung der Frau General Lieutenant von Lettow-Vorbeck, die Kaiserin Augusta für den Bazar zum Besten der drei Klein-Kinder-Bewahr-Anstalten ein Bildniß weiland des Kaisers Wilhelm I., sowie verschiedene kleine Kunstgegenstände gewidmet.

Lübeck, 5. November. Bei der Centenarfeier der Lübecker gemeinnützigen Gesellschaft wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt: Rudolf v. Gneist, Professor Victor Böhmert in Dresden und Redakteur Lammers in Bremen.

Handel, Verkehr und Volkswirthschaftliches.

Berlin, 5. Novbr. Weizen pr. 1000 Kilogr. loko 178—192 nach Qualität gefordert. Fein weiß polnischer 188 ab Kahn bez. Per Novbr. und Novbr.-Dezbr. 182,25—183,25 bez., per Dez.-Jan. —,— bez., per April-Mai 190—191 bez., per Mai-Juni —,— bez. Gek. 1400 T., Preis 182 M.

Roggen per 1000 Kilogramm loko 161—171 nach Qualität gefordert. Fein inländischer 167 168 ab Kahn bez. Per Nov.-Dez. 166—167 bez., per Dez.-Jan. 166—166,75 bez., per April-Mai 166—167,25 bez., per Mai-Juni 166—167 bez. Gek. 400 T., Preis 166,50 M.

Gerste loko per 1000 Kilogr. 127—205 nach Qualität gefordert.

Hafer loko per 1000 Kilogr. 156—171 nach Qualität gefordert, mittel und guter ost- und westpreuß. 158—163 bez., pomm., uckermärk. u. mecklenb. 160—163 bez., mittel und guter schles. und böhm. 159—163 bez., feiner schles., preuß. und pomm. 164—166 ab Bahn bez., russischer 159—164 frei Wagen bez., per Novbr. 158,50—158,25 bez., per Nov.-Dezbr. 158,50 bis 158 bez., per Dezbr.-Jan. —,— bez., per April-Mai 156,75—156,50 bez., per Mai-Juni 156,25—156,50 156,25 e. Gek. 50 T., Preis 158,50 M.

Mais loco per 1000 Kilogr. 123—130 M. nach Qualität gefordert, per Novbr. 122,50 M., per Novbr.-Dezbr. 122,53 M., per April-Mai 122,25 bez. u. Gd., per Mai-Juni — bez. Gekünd. 300 T., Preis 122,50 M.

Erbsen: Kochwaare 165—205 M., Futterwaare 154—164 M.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogr. brutto incl. Sack, loko 16,50 M., per Oktbr.-Novbr. 16,00 M.

Feuchte Kartoffelstärke per Oktober-Novbr. 7,80 bez.

Kartoffelmehl per 100 Kilogr. brutto incl. Sack, loko 15,60 M., per diesen Monat —,— M., November-Dezbr. 16,00 M., Gek. — Ctr. Preis —,— M.

Weizenmehl per 100 Kilogr. incl. Sack, Nr. 00 25,50—24,00 M., Nr. 0 22,00—20,75 M.

Roggenmehl per 100 Kilogr. incl. Sack Nr. 0 24—23 M., Nr 0—1 22,75—21,25 bez., per Novbr. und per November-Dezbr. 22,80 22,90 bez., per Dezbr.-Jan. 22,90—23,00 bez., per Jan.-Febr. —,— bez., per April-Mai 23,00—23 10 bez. Borsigmühle 25,00 M. Gek. — Sack. Preis — M.

Rüböl per 100 Kilo netto loko ohne Faß 70 M., mit Faß — M., per Nov. 68,5—69—68 bez., per Nov.-Dezbr. 66,1—66,6—66,5 bez., per Dez.-Januar 65,3 bez., per April-Mai 62,4—63,4 63,2 M. bez., per Mai-Juni —,— bez. Gekünd. —,— Ctr., Preis — M.

Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco 24,7 M., per Nov. — M.

Spiritus unversteuert mit 50 Mk. Konsumsteuer belastet loko 51,7 bez., per Novbr. — bez., per Nov.-Dez —,— bez. Gekünd. 20000 Liter. Preis 50,40 M. Unversteuert mit 70 M. Konsumsteuer belastet loco 32,2—32,1 bez., per Nov. 31,2 bez., per Nov.-Dez 30,7—30,8—30,7 bez., per Dez.-Januar —,— bez., per April-Mai 31,7 31,8 bez., per Mai-Juni 32—32,2 bis 32,1 bez. Gek. 10,000 Liter, Preis 31,20 M.

Magdeburg, 5. Novbr. Zuckerbericht. Kornzucker excl., von 92 pCt. 16,75 bez. Kornzucker excl. 88 pCt. Rendement 15,85 bez. Nachprodukte excl. 75° Rendement 12,90 bez. Fest. ff. Brodraffinade —,— bez. fein Brodraffinade 28,— bez. Gem. Raffinade II mit Faß 27,75 bez. Gem. Melis I mit Faß 25,60. Fest. Rohzucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per Nov. 11,75 Gd., per Dezbr. 11,95 bez., 12,00 Br., per Jan. — bez., per März-April 12,42½ Gd., 12,50 Br. Fest.

Breslau, 5. November. Spiritus per 100 Ltr. 100 pCt. excl. 50 M. Verbrauchsabgabe per November 50,10 bez., per Dezbr. —,— bez., per April-Mai —,— bez., 70er per November 30,50 bez., per Novbr.-Dezbr. 29,60 bez., per April-Mai 30,80 bez. — Roggen per November 171,00 bez., per November-Dezember 170,00 bez., per April-Mai 169,00 bez. — Rüböl loco per November 70,00 bez., per Novbr.-Dezember 68,50 bez. — Zink: fest. Wetter: Schön.

Stettin, 5. November. Weizen loco 176—180 bez., per Novber-Dezbr. 181,00 bez., per April-Mai 186,00 bez., per Mai-Juni 187,00 bez. — Roggen loco 161,00—165,00 bez., per Nov.-Dez. 161,50 bez., per April-Mai 163,00 bez., per Mai-Juni 163,50 bez. — Pomm. Hafer loco 148 bis 153 bez., per Nov.-Dez. —,— bez. — Erbsen —,— bez. — Rüböl loco per Nov. 68,50 bez., per April-Mai 62,50 bez. — Spiritus loco ohne Faß 50er 50,80 bez., do. 70er 31,10 bez., per Novbr. 70er 30,40 bez., per Nov.-Dez. 70er 30,20 bez., per April-Mai 31,40 bez. — Petroleum loco 12,10 bez.

Köln, 5. November. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 18,75 bez., fremder loco 21,00 bez., per Novbr. 19,20 bez., per März 19,55 bez., — Roggen hies. loco 15,50 bez., fremder loco 17,00 bez., per November 16,90 bez., per März 16,50 bez. — Hafer hiesiger 13,75 bez., fremder 15,75 bez. — Rüböl pr. 50 Kg. loco 71,00 bez., per Oktober —,— bez., per Mai 64,50 bez.

Posen, 5. November. Spiritus loco ohne Faß 50er 50,50 bez., do. 70er 30,90 Kündigung. — Liter. Tendenz: Fest. Wetter: Trübe.

* **München,** 5. November. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte die für Doppelgeleise auf den Eisenbahnlinien Fürth-Rottendorf, Fürth-Bamberg-Lichtenfels und Hochstadt-Untersteinach, ferner München-Ingolstadt-Treuchtlingen und Augsburg-Neuoffingen geforderten Beträge, lehnte dagegen nach langer Debatte die Kosten für das von der Stadt Nürnberg erbetene Doppelgeleise der Strecke Treuchtlingen-Nürnberg ab. Der Minister Frhr. v. Crailsheim versprach, die abgelehnte Forderung beim nächsten Landtag 1891/92 neuerdings einzubringen.

* **Stuttgart,** 5. November. Wie der „Staatsanzeiger für Württemberg“ vernimmt, bereitet das Ministerium der Verkehrsanstalten einen Gesetzentwurf wegen Beschaffung von Geldmitteln für Eisenbahnzwecke vor. Es handelt sich dabei um die Erbauung weiterer Bahnen untergeordneter Bedeutung, um die Herstellung von Doppelgeleisen und um die Vermehrung des Fahrbetriebsmaterials. Wenn ferner der Stand der Vorarbeiten es gestattet, wird im nächsten Landtage auch eine Kreditvorlage behufs Erbauung von Verbindungsbahnen zur Entlastung des Stuttgarter Bahnhofes eingebracht werden.

* **London,** 5. Novbr. Der Castle-Dampfer „Pembroke Castle“ ist heute auf der Ausreise in Durban (Natal) angekommen.

Verantwortliche Redakteure:
für Politik und Feuilleton: H. Koegler;
für lokale und provinzielle Nachrichten: E. Gruber;
für Handel und den übrigen redaktionellen Theil: O. Kroll.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Um schnell und sicher zu genesen, ist es das vornehmste Erforderniß, dem durch Krankheit entkräfteten Körper keine Nahrung zuzuführen, welche die Verdauung erschwert. Die Nahrungszufuhr soll aus **kräftigenden, leichtlöslichen und stärkemehlfreien** Stoffen bestehen. Ein solches Nahrungsmittel ist **Frank's Avenacia** jenes in seinen Vorzügen von keinem andern Nährmittel übertroffene best dextrinirte Haferprodukt der Neuzeit, das ebenso angenehm im Geschmacke wie vielgestaltig in der Zubereitung, berufen ist die **rationellste** Speise für Magenleidende, Ruhr- und Typhuskranke zu sein. **Frank's Avenacia** ist zu Mk. 1.20 die Büchse erhältlich in **Halle** bei: **Joh. Büdefeldt,** Leipzigerstraße; **Adolf Hoen,** Leipzigerplatz; **G. Oßwaldt,** Geiststraße; **Hermann Stitz,** Gr. Steinstraße 33; **M. Waltsgott,** Gr. Ulrichstraße.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nachdem das von den städtischen Behörden unterm 28./29. October cr. beschlossene Ortsstatut in Betreff der Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten von 45 auf 54 Seitens des Bezirksausschusses zu Merseburg unterm 11. November cr. bestätigt worden ist, sind im Anschluß an die diesjährigen Stadtverordneten-Ergänzungswahlen für die Wahlperiode vom 1. Januar 1890 bis Ende Dezember 1895 9 neue Stadtverordnete zu wählen und zwar für jede der drei Wahlabtheilungen 3. Von den Neugewählten scheidet alle zwei Jahre ein Drittel aus (§ 18 der Städteordnung) und wird die Reihenfolge des Ausscheidens statutengemäß in der ersten im Jahre 1890 stattfindenden Stadtverordneten-Sitzung durch das Loos bestimmt. Da für die Wahlen der dritten Abtheilung gemäß § 14 der Städteordnung fünf Wahlbezirke bestehen, von dieser Abtheilung aber nur 3 Stadtverordnete zu wählen sind, so haben wir beschlossen, die Neuwahlen je eines Stadtverordneten von dem 3., 4. und 5. Wahlbezirk, als den größesten der fünf Wahlbezirke, vornehmen zu lassen.

Zur Ausführung dieser Neuwahlen haben wir nachstehende Termine anberaumt, und laden die Wahlberechtigten hierdurch ein, im Sitzungssaale der Stadtverordneten-Versammlung zu erscheinen und dem Wahlvorstande ihre Stimmen abzugeben, und zwar:

1. Die Wahlberechtigten der III. Abtheilung:
a) des 3. Bezirks, Dienstag am 26. November cr. Vorm. 10—1 Uhr,
b) des 4. Bezirks, Mittwoch am 27. November cr. Vorm. 10—1 Uhr,
c) des 5. Bezirks, Donnerstag am 28. November cr. Vorm. 10—1 Uhr.

2. die Wahlberechtigten der II. Abtheilung:
Freitag, am 29. November cr. Vormittags 10—1 Uhr,

3. die Wahlberechtigten der I. Abtheilung:
Sonnabend, am 30. November cr. Vormittags 10—1 Uhr.

Die den Wahlberechtigten in den nächsten Taaen für die gewöhnlichen Ergänzungswahlen zugehenden besonderen Einladungen sind auch zu den obigen Neuwahlen mitzubringen, um das Auffinden des betreffenden Wählers in der Bürgerrolle zu erleichtern.

Halle a. S., am 5. November 1889. **Der Magistrat.**
Staude.

Die jährlich 30 Mark betragenden Zinien der **Bernheim**'schen Stiftung für treues weibliches Gesinde, sind für denjenigen weiblichen Dienstboten, welcher am längsten bei einer Herrschaft gedient hat, bestimmt. Haushälterinnen, Wirthschafterinnen und Kammermädchen sind ausgeschlossen.

Diejenigen weiblichen Dienstboten, welche sich für das laufende Jahr um die gedachten Zinsen bewerben wollen, werden aufgefordert, sich **bis zum 30. November cr.** entweder schriftlich bei dem Magistrate oder persönlich im Secretariat der Armen-Verwaltung — Sparkassengebäude, Rathhausgasse No. 1, Zimmer No. 7 — zu melden und die Bescheinigungen ihrer Dienstherrschaften beizubringen.

Halle a. S., den 1. November 1889. **Der Magistrat.**
Staude.

Bekanntmachung

wegen Ausreichung der Zinsscheine Reihe II zu den Schuldverschreibungen der Preußischen konsolidirten 4%igen Staatsanleihe von 1880.

Die Zinsscheine Reihe II. Nr. 1 bis 20 zu den Schuldverschreibungen der Preußischen konsolidirten 4 procentigen Staatsanleihe von 1880 über die Zeit vom 1. Januar 1890 bis 31. Dezember 1899 nebst den Anweisungen zur Abhebung der folgenden Reihe werden am 2. Dezember ds. Js. ab von der Kontrole der Staatspapiere hierselbst, Oranienstraße 92|94 unten links, Vormittags von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der letzten drei Geschäftstage jeden Monats, ausgereicht werden.

Die Zinsscheine können bei der Kontrole selbst in Empfang genommen oder durch die Regierungs-Hauptkassen, sowie in Frankfurt a. M. durch die Kreiskasse bezogen werden.

Wer die Empfangnahme bei der Kontrole selbst wünscht, hat derselben persönlich oder durch einen Beauftragten die zur Abhebung der neuen Reihe berechtigenden Zinsscheinanweisungen mit einem Verzeichnisse zu übergeben, zu welchem Formulare ebenda und in Hamburg bei dem Kaiserlichen Postamte Nr. 1 unentgeltlich zu haben sind.

Genügt dem Einreicher eine numerirte Marke als Empfangsbescheinigung, so ist das Verzeichniß einfach, wünscht er eine ausdrückliche Bescheinigung, so ist es doppelt vorzulegen. Im letzteren Falle erhalten die Einreicher das eine Exemplar mit einer Empfangsbescheinigung versehen, sofort zurück.

Die Marke oder Empfangsbescheinigung ist bei der Ausreichung der neuen Zinsscheine zurückzugeben.

In Schriftwechsel kann die Kontrole der Staatspapiere sich mit Inhabern der Zinsscheinanweisungen nicht einlassen.

Wer die Zinsscheine durch eine der obengenannten Provinzial-Kassen beziehen will, hat derselben die Anweisungen mit einem doppelten Verzeichnisse einzureichen.

Das eine Verzeichniß wird mit einer Empfangs-Bescheinigung versehen sogleich zurückgegeben und ist bei Aushändigung der Zinsscheine wieder abzuliefern. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den gedachten Provinzial-Kassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden sonstigen Kassen unentgeltlich zu haben.

Der Einreichung der Schuldverschreibungen bedarf es zur Erlangung der neuen Zinsscheine nur dann, wenn die Zinsscheinanweisungen abhanden gekommen sind; in diesem Falle sind die Schuldverschreibungen an die Kontrolle der Staatspapiere oder an eine der genannten Provinzial-Kassen mittels besonderer Eingabe einzureichen.

Berlin, 17. Oktober 1889.

Königliche Hauptverwaltung der Staatsschulden
Südow.

Der am 25. October cr. hinter den Eisendreher **Heinrich Eicke** erlassene Steckbrief wird hiermit aufgehoben.

Halle a. S., den 2. November 1889.

Die Polizei-Verwaltung.

---

5 Mark Geschenk in Sachen des Vergleichs **Z. ./. W.** sind vom Schiedsmann Herrn **C. Güttner** zur hiesigen Armenkasse gezahlt.

Halle a. S., den 4. November 1889.

Die Armen-Direction.

Gestohlen wurden erstatteter Anzeige zufolge:

1. Am 12 ds. Mts. aus dem Grundstücke Thüringerstraße Nr. 3 2 Enten und mehrere Kaninchen.

2. Am 19. ds. Mts. aus dem Schaufenster Schloßberg Nr. 5 1 schwarzer Kasten mit Golddeckel, 1 Metallukrkette, hufeisenförmige Glieder, 1 lange Haarkette mit goldenem Schloß, 2 Hände darstellend, 1 Münzkette von Silber, 2 Kinder-Korallenketten, 1 goldenes Medaillon mit kleinem schwarzen Wappen, 1 silbernes Medaillon mit silberner Kette, 1 großes goldenes Kreuz, 1 Broche von Bernstein in Silber gefaßt, 1 silberne Cylinderuhr Nr. 255513, 1 desgleichen Nr. 1111, 1 desgleichen Nr. 70913 und 5155, 1 desgleichen Nr. 64580, 1 alte Spindeluhr, Zeiger locker, 1 goldene Herrenuhr mit dunklem Zifferblatt, 1 goldene Chemisettnadel, ankerförmig, 2 Paar goldene Ohrringe mit schwarzen Steinen, 2 Manschettenknöpfe und mehrere Cartons Kragenknöpfe.

3. Am 20. ds. Mts. von einem Wagen in der Halle ein Wagenrad.

4. Am 12 ds. Mts. aus einem Kinderwagen im Grundstücke alte Promenade Nr. 24 1 großes Kopfkissen mit rothem Inlett, 1 kleines Kopfkissen mit graugestreiftem Inlett, 1 weißer Kissenbezug gez. E. B., 1 kleiner desgleichen.

5. Am 25. ds. Mts. aus einem Kinderwagen im Grundstücke Poststraße Nr. 9/10 1 Kinderkopfkissen mit rothem Inlett, 2 weiße Kopfkissenbezüge mit Spitze besetzt, 1 braune wollene Jacke gez. braune Wolle.

6. Am 27. ds. Mts. im Restaurant „Neues Theater" 1 Winterüberzieher von blaugrünem Stoff mit carirtem Futter.

7. Vom 28. zum 29. ds. Mts. aus der Ladenkasse im Grundstücke Martinsgasse Nr. 8/9 8—10 Mk. baares Geld.

8. Am 18. ds. Mts. aus einem Eisenbahnwagen 1 Parthie kleine Vorlegeschlösser, 6 Stück Stielschaufeln.

9. Am 14. ds. Mts. aus dem Grundstücke Victoriaplatz Nr. 6 1 schwarz-grau gemusterter Rock, 1 weiß wollener Rock, 1 hellgelb gestreifter, punktirter Rock, einige Taillen.

10. Am 29. ds. Mts. aus einer Schießbude in Ammendorf eine Wirbeltrommel und 1 Trommelstock.

11. Am 30. ds. Mts. aus dem Grundstücke Meckelstraße Nr. 3 50 Mk. baares Geld, 1 Sommerüberzieher von grünlichem Stoff mit Sammetkragen und schwarzem Futter.

Etwaige Wahrnehmungen über den resp. die Thäter, oder den Verbleib der gestohlenen Sachen sind im Criminal-Commissariat anzubringen.

Halle a. S., den 31. Oktober 1889.

Die Polizei-Verwaltung.

Nachstehende Zusammenstellung der im III. Quartal 1889 von der Polizei-Verwaltung resp. der Königl. Amtsanwaltschaft zu Halle a/S. verfolgten strafbaren Handlungen wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht:

A. Verbrechen und Vergehen.

Lfde. No.		Zahl der Fälle.
1.	Widerstand gegen die Staatsgewalt	12
2.	Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung	22
3.	Münzvergehen	1
4.	Verbrechen wider die Sittlichkeit	13
5.	Beleidigung und Verleumdung	31
6.	Körperverletzung und Mißhandlung	71
7.	Vergehen wider die persönliche Freiheit	12
8.	Unterschlagung	24
9.	Diebstahl	256
10.	Raub und Erpressung	1
11.	Hehlerei	1
12.	Betrug	41
13.	Urkundenfälschung	3
14.	Strafbarer Eigennutz	1
15.	Sachbeschädigung	26
16.	Brandstiftung	2
16.	Verbreitung verbotener Schriften	1
17.	Gewerbesteuer-Contravention	4
	Summa A.	322

B. Uebertretungen

Lfd. Nr.		Verfolgt durch die Polizei-verwaltung.	die Königl. Amts-anwalt-schaft.	Summa der Fälle.
1.	Unfug und Lärm	328	89	417
2.	Thierquälerei	—	24	14
3.	Betteln und Landstreichen	6	23	29
4.	Nichtbeschaffung eines Unterkommens	7	—	7
5.	Nichtbefolgen der Reiseroute	5	11	17
6.	Sittenpolizei-Contravention	66	47	113
7.	Gebrauch gefälschter Papiere	5	3	8
8.	Ueberschreitung der Polizeistunde	28	1	29
9.	Sonntagsentheiligung	17	3	20
10.	Bau-Polizei-Contravention	25	4	29
11.	Jagd- Fischerei- Polizei-Contravention und Vogelfang	—	7	7
12.	Strom-Polizei-Contravention	4	1	5
13.	Maaß- und Gewichts-Polizei-Contravention	27	—	27
14.	Straßen-Polizei-Contravention	357	28	385
15.	Feuer-Polizei-Contravention	21	1	22
16.	Melde-Polizei-Contravention	129	4	133
17.	Droschken- u. Dienstmanns-Poliz.-Contravention	40	6	46
18.	Gewerbe-Polizei-Contravention	—	4	4
19.	Stempel-Steuer-Contravention	—	4	4
20.	Hundesteuer-Contravention und Umherlaufen der Hunde ohne Aufsicht	182	10	192
21.	Gesinde-Polizei-Contravention	3	3	6
22.	Schulversäumnisse	170	8	178
23.	Markt-Polizei-Contravention	11	—	11
24.	Feld- und Forst-Polizei-Contravention	—	45	45
25.	Straßenbahn-Polizei-Contravention	15	12	27
26.	Abhalten von Musik und Tanz ohne Erlaubniß	1	5	6
27.	Entwendung von Genußmitteln pp.	—	3	3
28.	Verbrauch verdorbener Genußmittel	3	1	4
29.	Einstellen von Gehülfen ohne Arbeitsbuch	26	—	26
30.	Unterlassenes Impfen	1	—	1
31.	Unbefugtes Abhalten einer Collekte	—	4	4
32.	Unbefugtes Schießen und Werfen mit Steinen	—	9	9
33.	Auswandern ohne Erlaubniß	—	5	5
34.	Uebertretung der Regierungs-Verordnung	—	12	12
	Summa B.	1474	367	1841
	Hierzu Summa A.	—	—	322
	In Summa	—	—	2163

Halle a. S., den 1. Novbr. 1889. **Die Polizei-Verwaltung.**

Pastoren-Tabak,
à Pfund 80 Pfennige nur allein bei
Gustav Moritz,
Halle a. S., neben dem Hauptpostamt.

Bezirk des Königl. Eisenbahn-Betriebsamtes (Wittenberge-Leipzig).

Neubau des Empfangsgebäudes auf Bahnhof Halle a/S.

Die Ausführung der Zimmerarbeiten für das Kesselhaus, bestehend in der Anlieferung von 9 cbm kiefernem Bauholz und ca 400 qm gehobelter Dachschaalung, ist zu vergeben

Preisverzeichniß und Bedingungen sind gegen Einzahlung von 0,50 Mark von dem Unterzeichneten zu beziehen und können die Zeichnungen auf dem Büreau für den Neubau des Empfangsgebäudes, Bahnhof 2, eingesehen werden.

Angebote sind unter Benutzung des Preisverzeichnisses und Beifügung der anerkannten Bedingungen postfrei und mit der Aufschrift:

„Angebot auf Zimmerarbeiten zum Kesselhause am neuen Empfangsgebäude"

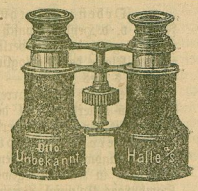
bis zum **15. November 1889, Vorm. 10 Uhr**

an mich einzusenden.

Zuschlagsfrist 14 Tage.

Halle a. S., 1. November 1889.

Der Königl. Landbauinspektor.
Peltz.



Operngucker, Krimstecher

mit Gläsern von unübertrefflicher Wirkung empfiehlt in reichhaltiger Auswahl billigst

Otto Unbekannt,
Kleinschmieden quervor
neben der Forelle

Schwarze und grüne Thees

von letzter Ernte in großer Auswahl, lose und in Packeten,

ff. Bourbon-Vanille, Chocoladen, verschiedene Sorten **Cacao** empfehlen

Helmbold & Co.,
Leipzigerstr. 109.

Rothe Kreuz-Lotterie

Loose à 3 Mk, Ziehung am 19. Nov. 1889, Exp. d. Bl.

Neuen Sauerkohl

empfiehlt **R. Hahndorf.**

Zur Wäsche von Normal-Tricot-Unterkleidern halten

Salmiakgeistseife

in Stücken à 15 u. 25 ₰ bestens empfohlen

Helmbold & Co.,
Leipzigerstr. 109.

Loose à 1 Mark

der ständigen Ausstellung für Kunst und Kunstgewerbe in Weimar.

Ziehung 14.—17. Dezember 1889, zu haben in der **Exped. d. Bl.**

Neue und gebr. Möbel aller Art verk. billig Brunosw. 6.

Verlegte meine Wohnung nach **Königstrasse 7, II.**

Dr. Schomburg,
Spezialarzt für Haut- u. Geschlechts-Krankheiten.

Für den Inseratentheil verantwortlich Curt Nietschmann in Halle.

Verlag und Druck von R. Nietschmann in Halle.
Expedition des Halle'schen Tageblattes: Große Ulrichstraße 19, geöffnet von 7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends.

Hierzu 1 Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-629230-18891107015/fragment/page=0004